

INHALTSVERZEICHNIS

// VORWORT	V
// INHALTSVERZEICHNIS	VII
1. ABSCHNITT: DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN ALS TRÄGER DER STAATLICHEN HOHEITSGEWALT	1
I. Die Republik Österreich als Völkerrechtssubjekt und die Gebietskörperschaften	1
II. Änderungen am Bestand der Gebietskörperschaften	1
III. Gemeinsame Wesenselemente der Gebietskörperschaften	3
2. ABSCHNITT: DIE VERTEILUNG DER STAATLICHEN HOHEITSGEWALT AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN (I) DIE BUNDESSTAATLICHE KOMPETENZVERTEILUNG	5
I. Die Kompetenz-Kompetenz des Bundes	5
II. Charakteristika der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung	6
1. Zersplitterung der Fundstellen	6
2. Prinzipielle Beschränkung auf vier Kompetenztypen („Vier Säulen-Architektur“)	9
a. Die vier Haupttypen	9
b. Spezialfragen der dritten Säule (Grundsatzgesetzgebung des Bundes)	11
c. Der Sondertypus „Gesetzgebung Land – Vollziehung Bund“	14
3. Grundsatz der strikten Kompetenztrennung	15
a. Prinzipieller Ausschluss konkurrierender Zuständigkeiten	15
b. Ausnahmen vom Grundsatz der strikten Kompetenztrennung	16
4. Berücksichtigungsprinzip	18
5. Zuordnung zu einem Kompetenztypus unmittelbar durch die Bundesverfassung	20
a. Kombination aus Enumerationsmethode und Generalklausel	20
b. Die ausnahmsweise Kompetenz-Kompetenz des einfachen Bundesgesetzgebers auf dem Gebiet des Abgabenrechts	21

c. Weitere Ausnahmen zugunsten einer Kompetenz-Kompetenz des einfachen Bundesgesetzgebers	24
III. Der Kompetenztatbestand als zentrales Element der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung	26
1. Strukturelle Eigenheiten der Kompetenztatbestände	26
2. Querschnittsmaterien	27
3. Auslegung der Kompetenztatbestände anhand der Versteinerungstheorie	28
4. Unterscheidung der Kompetenztatbestände nach inhaltlichen Kriterien	30
a. Materieellrechtliche Kompetenzen (inklusive sog „Annexmaterien“)	30
b. Organisationsrechtliche Kompetenzen	32
c. Verfahrensrechtliche Kompetenzen	34
3. ABSCHNITT: DIE VERTEILUNG DER STAATLICHEN HOHEITSGEWALT AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN (II) DER EIGENE WIRKUNGSBEREICH DER GEMEINDEN	38
I. Ergänzung der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung um eine Abgrenzung der Gemeindeaufgaben	38
II. Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches	39
1. Verfassungsrechtliche Umschreibung der autonomen Gemeindeaufgaben	39
2. Die Bezeichnungspflicht	40
3. Rechtsfolgen der Zuweisung einer Angelegenheit zum eigenen Wirkungsbereich	42
III. Die Gemeindeaufsicht	43
1. Die Kompetenzverteilung in Angelegenheiten der Gemeindeaufsicht	43
2. Die Aufsichtsmittel	45
a. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	45
b. Verfassungsunmittelbare Aufsichtsmittel	45
c. Ausführungsbedürftige Aufsichtsmittel	46
d. Sonstige Aufsichtsmittel	48
3. Rechtsschutz der beaufsichtigten Gemeinden	49
IV. Übertragung von Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches an staatliche Organe	51

4. ABSCHNITT: DIE GEWALTENTEILUNG	54
I. Gliederung der Staatsorgane nach Gebietskörperschaft und Staatsgewalt	54
II. Formell-organisatorische Gewaltenteilung	54
1. Kriterien der Zuordnung zu den Staatsteilgewalten	54
a. Gesetzgebungsorgane	54
b. Organe der Gerichtsbarkeit	55
c. Verwaltungsorgane	57
2. Mischformen	57
3. Konsequenzen der Zuordnung zu den Staatsteilgewalten	59
a. Die Bedeutung der Gewaltenteilung im Zusammenhang mit dem Rechtsquellenkatalog der Bundesverfassung	59
III. Materielle Gewaltenteilung	64
1. Die Bedeutung von Legalitätsprinzip und Art 94 B-VG	64
2. Inhaltliche Determinanten für die Zuweisungsentscheidung der zuständigen einfachen Gesetzgebung	68
a. Art 6 EMRK als Element der materiellen Gewaltenteilung?	68
b. Der Gerichtsvorbehalt des Art 3 BVPersFrh	69
c. Der judizierte Gerichtsvorbehalt bei hohen Geldstrafen	70
d. Der Gerichtsvorbehalt des Art 21 Abs 1 B-VG	71
5. ABSCHNITT: DIE EINRICHTUNG VON STAATLICHEN ORGANEN UND DEREN INNERE ORGANISATION	72
I. Gesetzgebung	72
II. Gerichtsbarkeit	73
III. Verwaltung	76
1. Primat der einfachen Bundes- und Landesgesetzgebung	76
2. Verfassungsgesetzlich verankerte Verwaltungsorgane	77
a. Der Bundespräsident	77
b. Die Bundesregierung und ihre Mitglieder	77
c. Die Wahlbehörden des Bundes	79
d. Die Sicherheitsbehörden des Bundes	80
e. Die Schulbehörden des Bundes	82
f. Der Unabhängige Parteien-Transparenz-Senat (UPTS)	83
g. Die Datenschutzbehörde und der Datenschutzrat	84

h. Die Landesregierungen und ihre Mitglieder	85
i. Die Ämter der Landesregierungen	86
j. Die Bezirkshauptmannschaften	88
k. Gemeinderat, Bürgermeister, Gemeindevorstand, Gemeindeamt	89
6. ABSCHNITT: DIE BETRAUUNG VON ORGANEN MIT HOHEITLICHEN STAATSAUFGABEN	91
I. Gesetzgebung	91
II. Gerichtsbarkeit	92
III. Verwaltung	97
1. Grundsätzliche Kompetenz des Materiengesetzgebers	97
2. Verfassungsrechtliche Ausnahmen von der Kompetenz des Materiengesetzgebers in Zuständigkeitsfragen	98
a. Punktuelle Sonderkompetenzen des Organisations- und des Verfahrensgesetzgebers	98
b. Punktuelle Sonderkompetenzen von Verwaltungsbehörden	100
3. Inhaltliche Schranken der Entscheidungsfreiheit des Materiengesetzgebers	102
4. Verfassungsrechtliche Ausnahmen von der Bindung an die Verbandskompetenz (sog „mittelbare Verwaltung“)	103
a. Das Vollzugskonzept „mittelbare Verwaltung“	103
b. Die mittelbare Bundesverwaltung	103
c. Der übertragene Wirkungsbereich der Gemeinden	108
d. Die Begründung von Kompetenzen der Landespolizeidirektionen auf dem Gebiet der Straßen- sowie der Strom- und Schifffahrtspolizei	109
e. Die landesgesetzliche Begründung einer Mitwirkungsbefugnis von Bundesorganen	111
7. ABSCHNITT: WAHRNEHMUNG VON VOLLZUGSAUFGABEN DURCH WEISUNGSFREIE VERWALTUNGSBEHÖRDEN	114
I. Die demokratietheoretische Bedeutung des Weisungsprinzips	114
II. Die besondere Rechtsstellung der obersten Organe der Vollziehung	116
III. Verfassungsrechtliche Ermächtigung zur Weisungsfreistellung per einfachem Gesetz (Art 20 Abs 2 B-VG)	118
1. Anwendungsfälle	118

2. Erfordernis eines sachadäquaten Aufsichtsrechts	119
3. Ermächtigung der Länder zur Schaffung weiterer Kategorien weisungsfreier Organe	120
8. ABSCHNITT: DIE BESORGUNG HOHEITLICHER STAATSAUFGABEN DURCH NICHT-GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN	122
I. Das staatliche Gewaltmonopol und seine Ausnahmen	122
II. Die Gemeindeverbände	123
1. Systematische Einordnung	123
2. Oktroyierte Gemeindeverbände	124
3. Freiwillige Gemeindeverbände	125
4. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Organisation von Gemeindeverbänden	128
III. Verfassungsrechtliche Fragen der Beleihung und verwandter Phänomene	129
1. Begriffsbildung	129
2. Auswahl des zu betrauenden Rechtsträgers	130
3. Übertragung der hoheitlichen Staatsaufgaben	130
IV. Die nichtterritoriale Selbstverwaltung	133
1. Abgrenzung zur Beleihung (im weiteren Sinne)	133
2. Die Elemente des körperschaftsinternen Demokratiezyklus	135
3. Spezialfragen im Zusammenhang mit der Errichtung von Selbstverwaltungskörpern	138
V. Die Universitäten	140
// STICHWORTVERZEICHNIS	143